

„Vermittlung vor Weiterbildung“ gehört abgeschafft

Grünen-Expertin Brigitte Pothmer plädiert für Umdenken in der Arbeitsförderung

Berlin | Die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse wächst unaufhörlich, die Zahl der offenen Stellen steigt, aber die Arbeitslosen profitieren nicht davon. Im Krisenjahr 2009 haben 160 000 Arbeitslose mehr einen Arbeitsplatz gefunden als im Wachstumsjahr 2014. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit hat sich von der Beschäftigungsentwicklung abgekoppelt. Und das betrifft nicht nur Langzeitarbeitslose. Zudem sind etliche aufgenommene Beschäftigungsverhältnisse nicht nachhaltig. Viel zu viele Menschen stehen viel zu schnell wieder vor den Türen der Agenturen und Jobcenter. Das ist das ausgesprochen ernüchternde Ergebnis verschiedener Anfragen, die ich in letzter Zeit gestellt habe.

Wir bekommen damit die Quittung für eine Arbeitsmarktpolitik präsentiert, die in den letzten Jahren vor allem von zwei Trends geprägt war: 1. von massiven Mittelkürzungen bei der Arbeitsförderung und



tatsächlich auf ihre Bedürfnisse, Voraussetzungen und Fähigkeiten zugeschnittenen Strategien und Angeboten zu unterstützen und sie nicht wie heute in eingekaufte Maßnahmen zu verfrachten, damit die voll werden. Die Umsetzung und Ausgestaltung der europäischen Vergaberichtlinie muss zu einem Qualitätssprung führen, denn von solchen maßgeschneiderten Angeboten sind wir nach wie vor Lichtjahre entfernt.

2. von der strategischen Ausrichtung auf die möglichst schnelle Vermittlung von Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt. Die passgenaue Förderung und Qualifizierung von Arbeitslosen mit dem Ziel einer dauerhaften Arbeitsmarktintegration spielt in der Praxis dagegen eine untergeordnete Rolle. Diese Politik ist aus meiner Sicht krachend gescheitert.

Für eine Trendwende reichen die kosmetischen Korrekturen der schwarz-roten Bundesregierung nicht aus. Sicherlich ist es ein Fortschritt, wenn Arbeitsministerin Nahles zugibt, dass Langzeitarbeitslose abgehängt worden sind. Wenn die Konsequenz daraus aber business as usual ist, dann ist nichts gewonnen.

„Es ist enttäuschend, dass es beim Passiv-Aktiv-Transfer nicht vorangeht.“

Für echte Chancen und Teilhabe brauchen wir einen arbeitsmarktpolitischen Paradigmenwechsel und eine grundsätzliche Reform der Arbeitsförderung. Der Fokus von Arbeitsagenturen und Jobcentern muss auf der individuellen Qualifizierung und Förderung liegen, damit Arbeitslose in nachhaltige Beschäftigung kommen. Individuell bedeutet: Arbeitslose mit

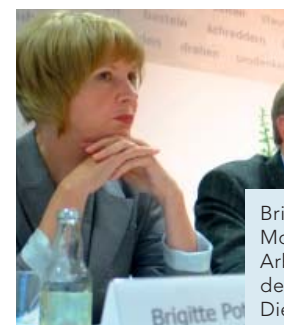
Weil der deutsche Arbeitsmarkt ein Fachkräftearbeitsmarkt ist, bei dem formale Qualifikationen eine große Rolle spielen, darf gerade für Geringqualifizierte das Prinzip „Vermittlung vor Weiterbildung“ nicht länger gelten. Erforderlich sind außerdem gesetzliche Änderungen, die die Begleitung und ganzheitliche Betreuung der Arbeitslosen sicherstellen - flächendeckend und nicht nur in homöopathischen Dosen oder im Rahmen von kleinen Sonderprogrammen.

Apropos Sonderprogramme: Es ist enttäuschend, dass es beim Sozialen Arbeitsmarkt und beim Passiv-Aktiv-Transfer nicht vorangeht. Wir dürfen die bis zu 400.000 Arbeitslosen, die in absehbarer Zeit trotz aller Bemühungen nicht in reguläre Jobs vermittelbar sind, nicht länger

Fortsetzung Seite 4

Inhalt

- „Vermittlung vor Weiterbildung“ gehört abgeschafft
- Editorial
- Vorstand beschließt straffes Programm
- Mindestlohn ist erst der Anfang
- Industrie 4.0 - Produkte lernen denken
- Befragung 2014 ausgewertet
- Mitgliederversammlung 2015
- Erasmus+
- Mehr Jugendliche in Bildungsprogrammen



Brigitte Pothmer, MdB, Sprecherin für Arbeitsmarktpolitik der Fraktion B90/Die Grünen im Bundestag.



Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

unser Verband hat wieder einen tarifpolitischen Meilenstein setzen können. Gemeinsam mit unseren Tarifpartnern haben wir den so genannten Mindestlohn über das Jahr 2015 hinaus für weitere zwei Jahre verlängern können. Darüber hinaus haben wir es geschafft, dass ab dem Jahr 2017 derselbe Mindestlohn in ganz Deutschland gilt – in Ost und West. Nun kommt es darauf an, dass dieser Mindestlohn erneut für allgemeinverbindlich nach dem Entsendegesetz erklärt wird.

Unser nächstes Ziel ist jetzt ein Branchentarifvertrag. Alle pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Aus- und Weiterbildung sollen sich in Zukunft auf gleiche und faire materielle Mindestbedingungen verlassen können. Darauf muss auch die Bundesagentur für Arbeit bei dem Abschluss von langfristigen Verträgen reagieren. Wir sind zuversichtlich, dass wir hier partnerschaftlich zu einem guten Ergebnis kommen werden.

Politisch wird uns in diesem Jahr besonders das Thema Flüchtlinge und deren Integration in den Arbeitsmarkt beschäftigen. Hier müssen die finanziellen Mittel seitens der Bundesregierung deutlich aufgestockt und nicht wie bei den ESF-BAMF Kursen gekürzt werden. Letzteres ist völlig widersinnig. Die Flüchtlingspolitik wird auch das Hauptthema unserer Mitgliederversammlung am 7. Mai in Berlin sein. Zu dieser Veranstaltung darf ich Sie bereits heute sehr herzlich einladen.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre und eine gute Zeit.

Herzlichst
Ihr
Thiemo Fojkar

Vorstand beschließt straffes Programm

Höhere Attraktivität soll BBB neue Mitglieder beschern

Berlin | Der Vorstand des Bildungsverbandes ging am 28. und 29. Januar in Klausur. Auf der Tagesordnung standen das vergangene Geschäftsjahr, die Auswertung der Mitgliederbefragung (siehe Seite 4), die Arbeitsmarktpolitik, die Vergaberechtsreform sowie die Planung der Aktivitäten 2015. In einem Expertengespräch beleuchtete außerdem Arbeitsmarktexperte und Volkswirtschaftsprofessor Dr. Stefan Sell von der Hochschule Koblenz pointiert und kontrovers verschiedene Themen der Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik.

Die Aufgabenliste für 2015 wurde eng geschrieben. Das Thema Mindestlohn in der Weiterbildungsbranche soll, nach einem erfolgreichen Tarifabschluss im Januar/Februar, in Politik und Administration weiter offensiv vertreten werden. Zu einer ganzen Reihe verschiedener Themen will sich der BBB noch klarer positionieren und seine

Positionen, wo immer möglich, veröffentlichen und diskutieren, beispielsweise: Wie kann Flüchtlingen geholfen werden, dass sie sich qualifizieren und weiterbilden dürfen? Wie können sie, auch wenn ihr Status noch nicht gesichert ist, hier arbeiten? Wie kann Langzeitarbeitslosigkeit effektiver als bisher abgebaut werden? Wie können Langzeitarbeitslose besser an den Arbeitsmarkt und an Beschäftigung herangeführt werden? Wie kann die neue EU-Richtlinie zu den sozialen Dienstleistungen so umgesetzt werden, dass Arbeitsmarktdienstleistungen qualitätsorientiert und sozial ausgewogen vergeben werden?

Und zu guter Letzt gab es die Empfehlung zum Thema Mitgliederwerbung, die Verbandsarbeit attraktiver zu gestalten, wie etwa die Mitglieder zeitnah mit wichtigen Information zu versorgen, aber auch mehr interessante Fachveranstaltungen durchzuführen. Denn wie heißt es: Mit Speck fängt man ... *Walter Würfel*

Mindestlohn ist erst der Anfang

Ziel ist ein allgemeinverbindlicher Branchentarifvertrag

Berlin | Vor rund zehn Jahren hat die damals neu eingeführte Ausschreibungspraxis der Bundesagentur für Arbeit im Bereich der öffentlich geförderten Aus- und Weiterbildung zu einem enormen Preisdruck geführt. Dies ging vielfach zu Lasten etablierter Träger, aber auch der Beschäftigten in dieser Branche.



Der enorme Wettbewerbsdruck führte zu einer Abwärtsspirale bei den Gehältern. Einige erfahrene Träger haben sich in der Folge dieser Entwicklung nicht gegen Billiganbieter behaupten können oder mussten bei den sogenannten Arbeitsmarktdienstleistungen schmerzhaft Einbußen hinnehmen.

Der Bundesverband der Träger Beruflicher Bildung (Bildungsverband, BBB) und dessen Zweckgemeinschaft haben dafür gekämpft, dass die Abwärtsspirale

bei den Entgelten im Bereich der öffentlich geförderten Aus- und Weiterbildung gestoppt und mit diesem Lohndumping endlich Schluss gemacht wird.

Ein wichtiger Erfolg auf diesem Weg war die Einführung eines Mindestlohns für diese Branche. Aktuell darf bei der Aus- und Weiterbildung kein Anbieter seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weniger als 13,35 Euro pro Stunde im Westen und

Fortsetzung: Seite 3

Industrie 4.0 - Produkte lernen denken

Maschinen arbeiten intelligent zusammen - wo bleibt da der Mensch?

Hannover/München | Spätestens mit der Initiative Hightech-Strategie der Bundesregierung auf der Hannover Messe 2011 ist „Industrie 4.0“ zum gängigen Schlagwort in der Wirtschaft geworden. 4.0 steht für die sogenannte vierte industrielle Revolution.

Dahinter verbergen sich Veränderungen in den Produktionsprozessen, die durch den Einsatz moderner Informations- und Telekommunikationstechnologien in den Unternehmen hervorgerufen werden. Ziel ist die intelligente Fabrik (Smart Factory), die sich durch Wandlungsfähigkeit, Ressourceneffizienz und Ergonomie sowie die Integration von Kunden und Geschäftspartnern in Geschäfts- sowie Wertschöpfungsprozesse auszeichnet.

Die erste industrielle Revolution bestand in der Mechanisierung mit Wasser- und Dampfkraft, darauf folgte die Massenfertigung mit Hilfe von Fließbändern und elektrischer Energie, dann die Digitale Revolution, bei welcher der Einsatz von Elektronik und IT zur weiteren Automatisierung der Produktion üblich wurde (Industrieroboter), erklärte Prof. Peter Liggesmeyer vom Fraunhofer-Institut auf einer Veranstaltung in München. In der nun vierten industriellen Revolution geht es vor allem um intelligente Produktion, um „massenindividualisierbare Produkte“, wie er es nennt. Dabei spiele das Internet als Bindeglied im Produktionsprozess eine wesentliche Rolle.

Was das konkret bedeutet, erläuterte Inge-

nieur- und Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr.-Ing. Jürgen Bechtloff der Tageszeitung Die Welt an einem simplen Beispiel. „Stellen Sie sich vor, Sie wollen eine Zahnbürste kaufen, die aufgrund Ihrer eigenen Gebiss- und Parodontose-Situation eine bestimmte Borstenkonstellation erfüllen soll. Dann stellen Sie sich Ihre Zahnbürste im Internet individuell zusammen. Sobald Sie Ihre Bestellung abgeschickt haben, bekommt an irgendeinem Ort der Welt eine Maschine die Information über die Beschaffenheit Ihrer Zahnbürste und fängt automatisch an, sich mit anderen im Produktionsprozess beteiligten Maschinen abzustimmen, um das Produkt herzustellen. Die Maschinen arbeiten intelligent zusammen und steuern die Produktion auf Basis Ihrer Daten selbstständig. Am Ende bekommen Sie Ihr Wunschprodukt zugestellt.“

Aber es könnte noch weiter gehen, so Bechtloff: „... insofern, dass Ihre Zahnbürste als intelligentes Produkt eigenständig merkt, wann die Borsten erneuert werden müssen und Daten über Ihre Zähne an Ihren Zahnarzt übermittelt.“ Hier beginne die Vision des „Internets der Dinge“, wo der Personal-Computer als Gerät zunehmend durch „intelligente Gegenstände“ ersetzt werde, die den Menschen bei seinen Tätigkeiten unmerklich unterstützen. Jede Maschine, die intelligent betrieben wird, kann mittels des Internets Daten mit anderen Maschinen austauschen.



Quelle: OFC Foundation

Wo bleibt da der Mensch? Der Mensch werde nicht überflüssig in einer dynamisierten Produktion. Im Gegenteil, so Bechtloff weiter. Er wird vielmehr als wichtiger Entscheider eine zentrale Rolle spielen und auch manuell eingreifen müssen. Wahrscheinlich wird er sogar noch mehr Verantwortung übernehmen als bislang. Die Anforderungen werden sich verändern und damit einhergehend auch die Aus- und Weiterbildungsangebote. Die intelligente Maschine erfordert interdisziplinäres Know-how. Die Disziplinen Maschinenbau, Elektrotechnik und Informatik werden immer stärker ineinandergreifen. Eine Studie der Unternehmensberatung PricewaterhouseCoopers hat ergeben, dass bundesweit bis 2020 jährlich 40 Milliarden Euro in Industrie 4.0-Anwendungen investiert werden. fs

Fortsetzung: Mindestlohn ist erst der Anfang

12,50 Euro im Osten zahlen, wenn er sich um einen Auftrag bewirbt.

Das Ziel ist es, ein Lohnniveau in der Branche zu erreichen, das der Bedeutung der Aufgaben der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gerecht wird. Der Bildungsverband wird sich auf politischer Ebene dafür mit aller Kraft einsetzen. Die Zweckgemeinschaft des BBB hat sich Mitte Februar

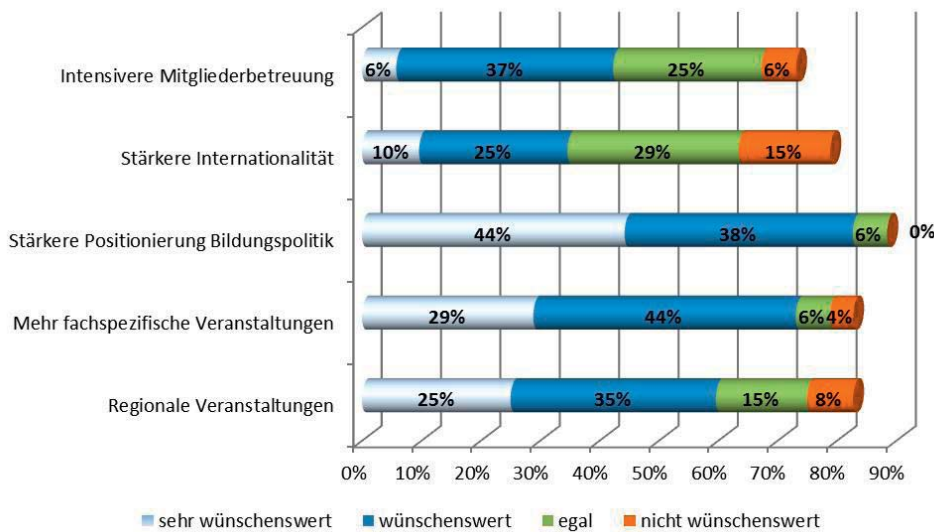
mit den Gewerkschaften ver.di und GEW darauf geeinigt, dass die Mindestlöhne für die pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bereich der Arbeitsmarktdienstleistungen ab dem 1. Januar 2016 auf 14 Euro im Westen und 13,50 Euro im Osten angehoben werden. Ab dem 1. Januar 2017 müssen im Osten und Westen dann 14,60 Euro gezahlt werden. Das sind Steigerungsraten von bis zu 16,8 Prozent! Ab dann wird

auch nicht mehr unterschieden, ob jemand im Osten oder im Westen des Landes arbeitet. Mit diesem Schritt geben wir uns aber noch nicht zufrieden. Jetzt kämpfen wir darum, dass dieser Mindestlohn für alle Beschäftigten in diesem Bereich bundesweit gilt. Voraussetzung dafür ist, dass die Bundesregierung ihn branchenweit für allgemein verbindlich erklärt.

Thiemo Fojkar

Befragung 2014 ausgewertet

Die Zufriedenheit der Mitglieder bleibt auf hohem Niveau



Berlin | Der Rücklauf der Mitgliederbefragung war wie vor zwei Jahren erfreulich hoch und lag in absoluten Zahlen mit 52 Fragebögen exakt in derselben Höhe wie 2012. Das entspricht einem relativen Anteil von 69 Prozent.

Einige wichtige Parameter haben sich zum Positiven entwickelt. So ist die Anzahl der Beschäftigten in den Unternehmen in den zwei Jahren gestiegen und die Abhängigkeit des Umsatzes aus Mitteln der Bundesagentur für Arbeit (BA) einschließlich JobCentern und optierenden Kommunen hat sich signifikant verringert.

Waren 2012 noch 46 Prozent aller Unternehmen zu über 70 Prozent abhängig von diesen Geldern, reduzierte sich dieser Anteil in 2014 auf 37 Prozent. Der Wunsch nach Umsatzzunahme im Firmen- und Pri-

vatkundsensektor ist nach wie vor deutlich zu erkennen.

Erfreulich ist, dass die Zufriedenheit mit dem Bildungsverband auf gleich hohem Niveau verblieben ist wie im Vergleichszeitraum.

Bei der Frage, welche zusätzlichen Angebote des BBB wünschenswert wären, hat sich die Priorität etwas verschoben (siehe Grafik). War 2012 die Forderung nach mehr fachspezifischen Veranstaltungen im Fokus der Mitglieder, ist jetzt die stärkere Positionierung der Bildungspolitik ein sehr wichtiges Thema.

Die gesamte Auswertung der Umfrage wird ab Ende April für die Mitglieder des BBB unter www.bildungsverband.info bereitgestellt. *Lutz Kaube*

Fortsetzung: „Vermittlung vor Weiterbildung“ ...

abhängen. Auch sie haben ein Anrecht auf Teilhabe und dafür müssen endlich die notwendigen Grundlagen geschaffen werden. Wer von mehr Qualität spricht, darf vom Geld nicht schweigen. Die Arbeitsförderung ist unterfinanziert, was sich sowohl bei den Eingliederungsmitteln als auch beim Personal niederschlägt. Unter diesen Bedingungen mehr und bessere Leistungen zu verlangen, ist unredlich. An einer spürbaren Aufstockung der Mittel führt kein Weg vorbei. *Brigitte Pothmer*

Mitgliederversammlung 2015

Berlin | Der Vorstand des BBB lädt die Mitglieder zur diesjährigen Versammlung nach Berlin in die Landesvertretung Bremen ein. Neben den Berichten zum Geschäftsjahr und des Revisors steht auf dem Programm ein Expertengespräch zum Thema Flüchtlinge und deren Zugangschancen auf den Arbeitsmarkt. Außerdem werden Redebeiträge über Perspektiven und Aktivitäten des Verbandes aus dem Kreis der Mitglieder erwartet. Die persönlichen Einladungen erfolgen gesondert. *Ik*
Bitte vormerken: 7. Mai, 14:00 Uhr

Erasmus+

Antragsfristen laufen aus

Bonn | Erasmus+ ist das Programm der EU für Projekte der allgemeinen und beruflichen Bildung, Jugend und Sport sowie Kooperationsprogramme im Hochschulbereich. Das für 2014 bis 2020 ausgelegte Programm verfügt über ein Budget von 14,7 Milliarden Euro. Es werden vielfältige Aktivitäten gefördert wie internationale Seminare, berufliche Erfahrungen im Ausland, Schulpartnerschaften oder mehrjährige wissenschaftliche Projekte. Für Projekte, die beispielsweise bei JUGEND für Europa (Jugend in Aktion) beantragt werden und zwischen dem 01.08. und 31.12. beginnen, endet am 30. April die nächste Antragsfrist.

Mehr Jugendliche in Bildungsprogrammen

Wiesbaden | Im Jahr 2014 begannen 256 100 junge Menschen ein Bildungsprogramm im Übergangsbereich, um durch den Erwerb beruflicher Grundkenntnisse oder durch das Nachholen eines Haupt- oder Realschulabschlusses ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz zu verbessern. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, nahm damit die Zahl der Anfängerinnen und Anfänger im Übergangsbereich gegenüber 2013 um 0,3 % zu. Die stärkste Zunahme im Übergangsbereich verbuchten die berufsvorbereitenden Programme mit plus 4,3 % auf 83 600 Anfängerinnen und Anfänger.

BBB Info-Brief, April 2015

Herausgeber:
BBB Bundesverband der Träger beruflicher Bildung (Bildungsverband) e.V.
Vorsitzender: Thiemo Fojkar
Hannoversche Straße 19a · 10115 Berlin
www.bildungsverband.info

Redaktion:
Franz Siegert, Walter Würfel
Telefon 030 20454849
redaktion@bildungsverband.info
www.bildungsverband.info

Fotos:
Rumpfenhorst, Scherhauffer, Siegert

Druck:
GOB-Service, Hamburg

Nächster Redaktionsschluss: 26. Mai